

(Abg. Ulrich)

qualifizierten Leuten nicht entsprechende Aufstiegsmöglichkeiten und Perspektiven biete, nehme ich den Leuten die Motivation und erhöhe somit enorm die Gefahr, dass sie auf gut dotierte Posten in der freien Wirtschaft abgeworben werden zum Nachteil des Landes. Hier muss wirklich etwas geschehen. Hier muss im Sinne der Finanzen des Landes mehr Geld in die Hand genommen werden und eben nicht die Perspektive für die Zukunft komplett abgeschnitten werden.

(Beifall von SPD und B 90/Grüne.)

Dann zur Debatte um die Betriebsprüfer im Außendienst. Vor einem Jahr bereits hat Staatssekretär Wack im Ausschuss eingeräumt, im Saarland fehlten rund 100 Betriebsprüfer. Wir haben rund 120 Millionen Euro Einnahmeverluste aus dem Umsatzsteuerbetrug hier im Saarland. Als wir bereits im letzten Jahr als grüne Landtagsfraktion 30 zusätzliche Außendienstler beantragt haben, hat sich Frau Kollegin Heimes hier hingestellt und gebrüllt - Kollege Jungmann auch -: "Wie ist das doch so unseriös!" In diesem Jahr haben Sie bereits zehn eingestellt. Wir haben deshalb auch unsere Forderung auf 20 reduziert. Ihr eigenes Handeln macht doch klar, wie sinnvoll gerade diese Forderung von uns Grünen und auch der SPD an dieser Stelle ist, um dem Land zu mehr Einnahmen zu verhelfen, was ja auch real so funktioniert.

(Abg. Jungmann (CDU): Wir haben sie aber gegenfinanziert, ihr nicht.)

Noch einmal ganz zum Schluss, Frau Kollegin Heimes: Sie werfen uns vor, dass wir nicht so genau hinhören bei der Debatte um die Einnahmesituation.

Vizepräsidentin Lawall:

Ihre Redezeit endet.

Abg. Ulrich (B 90/Grüne):

Ich habe es bereits in der Generaldebatte gesagt, Frau Heimes: Die Einnahmesituation des Bundeslandes Saarland könnte um einiges besser sein, wenn Ihre Landesregierung, die Sie ja mittragen, in den letzten Jahren nicht eine ganze Reihe von sinnvollen Einsparvorschlägen der alten rot-grünen Bundesregierung schlichtweg blockiert hätte. Es geht um Dinge wie den Wegfall der Eigenheimzulage, den Sie ja mittlerweile mittragen. Ich nenne noch mal die Zahl, die Eichel genannt hat: 17 Milliarden Euro gingen insgesamt pro Jahr verloren.

Vizepräsidentin Lawall:

Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Ulrich (B 90/Grüne):

Ein guter Teil dieses Geldes wäre auch ins Saarland geflossen. Das heißt, diese schlechte Einnahmesituation hat die saarländische CDU-Landesregierung selbst mitverschuldet.

(Beifall von SPD und B 90/Grüne. - Zurufe von der CDU.)

Vizepräsidentin Lawall:

Das Wort hat nun Herr Kollege Manfred Baldauf. - Herr Baldauf, Entschuldigung. Es liegt noch eine Wortmeldung des Kollegen Alexander Funk vor. Er hat das Wort.

Abg. Funk (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Ulrich! Ich möchte auf Ihren Vorwurf eingehen, dass den Abgeordneten Informationen vorenthalten wurden, dass Antworten der Landesregierung ausgeblieben sind. Ich war in jeder Haushaltsausschusssitzung dabei. Ich kann diesen Vorwurf nicht bestätigen und will ihn auch nicht so im Raum stehen lassen. Ich gebe Ihnen Recht, dass bei den Landesbetrieben und den vorhandenen Wirtschaftsplänen eine gewisse Unübersichtlichkeit vorliegt und auch der Ausschuss sich in einer der nächsten Sitzungen damit befassen sollte. Aber der

Vorwurf des Vorenthaltes von Information kann so nicht stehen bleiben.

Wir werden im kommenden Haushaltsjahr 809 Millionen Euro neue Schulden machen. Angesichts der geringen Einnahmen von rund 2,5 Milliarden Euro und einem existierenden Schuldenstand von fast 8 Milliarden Euro ist das eine beängstigende Zahl. In vielen Reden - auch heute wieder - wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass es sich bei dieser Haushaltsnotlage nicht um ein Ausgabenproblem handelt, sondern um ein Einnahmeproblem. Seit dem Jahr 2001 sind die Einnahmen dramatisch weggebrochen. Es hat faktisch keine Teilentschuldung mehr stattgefunden. Es lohnt sich jetzt allerdings nicht, noch einmal auf diese ganzen Argumente einzugehen, da die Opposition aus parteipolitischen Gründen diese Tatsachen einfach ignoriert und ausblendet. Dabei lohnt es sich schon lange nicht mehr, dieses Thema parteipolitisch zu diskutieren. Die Lage ist existenzbedrohend. Es ist an der Zeit, parteiübergreifend die Frage nach der Selbstständigkeit des Landes zu beantworten. Für uns als CDU-Fraktion ist die Antwort klar: Wir wollen und können als eigenständiges Bundesland existieren.

(Beifall von der CDU.)

Das Präsidium des Städte- und Gemeindetages hat sich diese Woche für eine unsolidarische Variante ausgesprochen; aber eine Politik nach dem Motto: Erst sanieren wir die Kommunen und dann lösen wir das Land auf, wird es mit uns nicht geben. Interessant wäre es, wenn die Opposition nicht nur Lippenbekenntnisse ablegen würde, sondern konkrete Vorschläge zur Existenzsicherung des Landes machen würde. Es ist an der Zeit für alle politischen Kräfte, die Herausforderung gemeinsam anzunehmen. Und mit einer Neiddiskussion, wie es die Opposition vorschlägt, lassen sich unsere Probleme ebenfalls nicht lösen. Hier ein paar höher dotierte Beamtenstellen gestrichen und alles wird gut, ist ein billiges und populistisches Ablenkungsmanöver.

(Beifall bei der CDU.)

Die Frau Ministerin hat es angesprochen: Es handelt sich dabei um ein Einsparvolumen von 1,7 Millionen Euro, aber erst, wenn die Beamten, die diese Stelle innehaben, in den Ruhestand treten, also im kommenden Jahr überhaupt kein Euro.

Wir wollen die Finanzkrise in Deutschland meistern, denn Bund und alle Länder sind betroffen. Und wenn wir diese Finanzkrise meistern wollen, bedarf es eines radikalen Umdenkens. Rund 1.460 Milliarden Euro beträgt zur Zeit der offizielle Schuldenstand der Bundesrepublik Deutschland. Rechnet man die Ansprüche der älteren Generation hinzu, die zumeist durch umlagefinanzierte Sozialversicherungssysteme, einschließlich der Pensionsansprüche, erworben wurden, steht Deutschland sogar mit 7.100 Milliarden Euro in der Kreide.

Der Rheinische Merkur hat im Oktober ein theoretisches Rechenbeispiel vorgestellt. Fingen wir heute an, den 7-Billionen-Schuldenberg abzutragen, würde das selbst dann länger als 31 Jahre dauern, wenn jeder der 38 Millionen deutschen Haushalte ausschließlich für diese Aufgabe 6.000 Euro jährlich zahlte. Im Jahr 2004 lag der durchschnittliche Betrag, den ein deutscher Haushalt an Einkommen- und Lohnsteuern abgeführt hat, allerdings nur bei 5.100 Euro. Dieses Rechenbeispiel macht die dramatische Situation deutlich und es zeigt, dass mit kleinklein und Alibimaßnahmen der Kurswechsel nicht zu erreichen ist. Zumal angesichts der demografischen Entwicklung die Lasten für die heutige junge und zukünftige Generation immer höher werden. So wird es in 15 Jahren 43.000 weniger Saarländer geben, aber bei einer Fortführung der gegenwärtigen Finanzpolitik die Pro-Kopf-Verschuldung von 7.010 Euro auf rund 36.000 Euro ansteigen, wie eine Studie der Bertelsmannstiftung errechnet hat.

(Abg. Funk)

In 25 Jahren, wenn also meine Tochter vermutlich gerade ihre Ausbildung abgeschlossen hat und voll ins Erwerbsleben eintritt, sieht sie sich einer Pro-Kopf-Verschuldung von 76.000 Euro ausgesetzt, zuzüglich 31.000 Euro, die der Bund bis dahin für jeden Bundesbürger angehäuft hat. Wollen wir es dieser jungen Generation überlassen, dann diesen immensen Herausforderungen gerecht zu werden, wollen wir es dieser jungen Generation überlassen, dann alles zu kürzen und zu streichen, was zum Überleben in diesem Land notwendig ist - Schulen, Universität, Theater, Kindergärten? Die Bertelsmannstiftung hat errechnet: Um die Verschuldung des Landes bis 2020 auf dem heutigen Niveau zu halten, wäre eine sofortige und dauerhafte Absenkung des Ausgabenlevels um 17,7 Prozent beziehungsweise 700 Millionen Euro erforderlich. Dies entspräche 36,5 Prozent der Personalausgaben des Saarlandes inklusive Gemeinden im Basisjahr 2003. Oder: mehr als 135 Prozent der investiven Ausgaben. Das würde nicht nur bedeuten, dass wir keine Investition mehr tätigen dürften, wir müssten auch jemanden finden, der uns Geld gibt, wenn wir keine Investition mehr tätigen.

Die Personalausgaben des Landes betragen im kommenden Jahr 1.245 Milliarden Euro. Hiervon 36,5 Prozent einzusparen, würde ein Volumen in Höhe von 450 Millionen Euro bedeuten. 450 Millionen Euro sofort im Personalbereich einsparen, wäre nur mit massenhaften Entlassungen zu erreichen, was sich niemand in diesem Hause wünschen kann. Da helfen auch die wenigen Beamtenstellen nicht, die die Opposition streichen will. Und das alles sind Beweise dafür, dass das Saarland kein Ausgabenproblem hat, sondern dass wir ein Einnahmenproblem haben. Auch diese Zahlen sollten sich die Bediensteten im öffentlichen Dienst vor Augen führen, wenn sie sich über das Sparpaket in Höhe von 30 Millionen Euro im nächsten Jahr ärgern und demonstrieren. Aber damit ihre Enkelkinder auch in 25 Jahren noch in Kindergärten und Schulen gehen können, sind heute diese Sparanstrengungen notwendig.

(Beifall bei der CDU.)

Vielleicht ist aber auch deshalb so wenig Verständnis für das Sparen vorhanden, weil viele in Deutschland gar keine Enkelkinder mehr erwarten. Dies betrifft nicht nur die Personen im öffentlichen Dienst und auch nicht nur die Saarländer, sondern ist ein bundesweites Problem. Wir haben viel zu wenig Geburten im Land.

Was haben weniger Geburten mit dem Haushalt des Landes zu tun? Dank der Berechnung des Länderfinanzausgleichs erhält das Saarland für jeden Bürger, den es verliert, 2.200 Euro weniger an Schlüsselzuweisungen. Wenn also mehr Todesfälle als Geburten zu verzeichnen sind, gehen die Einnahmen des Landes weiter zurück. Das ist übrigens seit 1972 bei uns der Fall, während Regionen wie Stuttgart nach wie vor boomen und einen Einwohnerüberschuss zu verzeichnen haben. Das gönnen wir auch den Schwaben, aber es kann doch nicht richtig sein, dass wir alle hohen Soziallasten, deren Standards uns zum größten Teil vom Bund vorgegeben werden, zu tragen haben, also gar nichts an den Ausgaben ändern können, andererseits aber durch geringere Einnahmen bestraft werden. So geben wir beispielsweise über 100 Millionen Euro pro Jahr aus, um die Differenz zwischen den Kosten eines Altenheimplatzes und der Rente eines Betroffenen staatlich auszugleichen. Die Menschen, die dies erwirtschaften sollen, sind aber gar nicht erst geboren oder arbeiten in Stuttgart.

Übrigens - wäre die Geburtenrate in den letzten 35 Jahren konstant geblieben, würden also jedes Jahr so viele Kinder geboren wie 1970, wären in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten rund 218.000 Geburten mehr zu verzeichnen gewesen. Kinder, die uns heute teilweise helfen würden, die Soziallasten zu tragen. Sie wurden aber nicht geboren und wir haben heute Entscheidungen zu treffen, um mit dieser Situation umzugehen. Wir haben Entscheidungen zu treffen, um die Eigenständigkeit des Saarlandes zu sichern, wir haben Entscheidungen zu treffen, damit unsere Kinder und Enkel-

kinder eine gute Zukunft haben. Der vorgelegte Regierungsentwurf ist eine solide Grundlage. Dennoch müssen sowohl Sparanstrengungen in den nächsten Jahren konsequent fortgesetzt werden wie auch alle Möglichkeiten der Einnahmeverbesserung ergriffen werden. Dazu ist insbesondere notwendig, dass die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu geregelt werden. Sonderbelastungen, wie sie das Saarland zu bewältigen hat - jährlich in einer Größenordnung von 330 Millionen Euro -, müssen darin berücksichtigt werden. Geschieht dies nicht, müssten die Länder mehr Freiraum in der Festsetzung von Standards erhalten. Geringere Standards beispielsweise in der Sozial- und Jugendhilfe würden bedeuten, dass nicht nur die gut ausgebildeten Arbeiterinnen und Arbeiter nach Stuttgart ziehen, sondern auch die Rentner sich die Altenheime in Baden-Württemberg aussuchen. Ein Szenario, das sich niemand wirklich wünscht. Aber so wie es jetzt ist - dass junge Saarländer ihre Steuerkraft in anderen Regionen Deutschlands lassen und die Sozialkosten hier im Saarland von immer weniger Menschen getragen werden -, das kann nicht gerecht sein.

Alle in diesem Haus sollten an dem Ziel mitarbeiten, die Eigenständigkeit des Saarlandes zu erhalten. Wir als CDU-Fraktion stellen uns jedenfalls dieser Verantwortung und werden den eingeschlagenen Sanierungsweg fortsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Lawall:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Baldauf.

Abg. Baldauf (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Berliner Finanzsenator Sarrazin sagte gestern in der Berliner Morgenpost folgendes: Das Saarland habe über Jahre hinweg üppige Finanzspritzen vom Bund erhalten. Beim Schuldenabbau habe man an der Saar versagt. Deswegen müsse das Saarland aufgelöst werden. - Zitatende.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, der Grund, warum das Saarland mittlerweile auch schon vom Schuldenkönig Nummer 1, von Berlin, in Frage gestellt wird, ist Ihre gescheiterte Finanzpolitik. Das Ergebnis Ihrer Politik ist, dass das Saarland auf einem gigantischen Schuldenberg von mehr als 8 Milliarden Euro sitzt. Dieser gigantische Berg führt dazu, dass die Zinszahlungen die Schallmauer von 400 Millionen Euro erstmals im Jahr 2006 durchbrechen werden. Gegenüber dem Haushalt 2006 steigt die Zinsbelastung um 15 Millionen Euro jährlich. Was könnten Sie, was könnten wir mit diesem Geld anfangen, wenn es nicht für Zinszahlungen draufgehen würde!

(Zuruf von der CDU.)

Es würde zum Beispiel reichen, um 750 zusätzliche Krippenplätze zu finanzieren. Oder das Gewerbesteuererleichterungsprogramm könnte um ein weiteres Jahr fortgeführt werden, was dringend für unseren Mittelstand erforderlich wäre. Oder aber die Kürzungen der Zuwendungen an die Gemeinden könnten entsprechend deutlich zurückgenommen werden. Nun müssen diese 15 Millionen Euro an irgendeiner Stelle im Haushalt eingespart werden.

Aber wo setzt die Landesregierung den Rotstift an? Beispielsweise bei der Zahl der Staatssekretäre, wie von der FDP gefordert? Nein, meine Damen und Herren, das Saarland leistet sich unter anderem auch im nächsten Jahr im Wirtschafts- und im Innenministerium 2 Staatssekretäre. Spart die Landesregierung bei der überdimensionierten Verwaltung im Bildungsministerium, wie vom Rechnungshof und von uns gefordert? Nein! Spart sie bei den Zuweisungen an die maroden Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, wie zum Beispiel bei den Zuschüssen für das CCS, wie von der FDP gefordert? Nein, auch im kommenden Jahr wird diese Geldvernichtungsmaschine weiter alimentiert. Was tut die Landesregierung stattdessen?

(Abg. Ulrich)

Kraft, was unter dem Strich für die Nutzerinnen und Nutzer des saarländischen ÖPNV dazu führen wird, dass mittel- und langfristig die Preise steigen werden. Denn neue Teilnehmer können in diesen Verkehrsverbund faktisch kaum eintreten. Das heißt, ein Verkehrsverbund ohne Wettbewerb. Da warte ich wirklich auf eine Antwort, was das mit Marktwirtschaft zu tun hat, Herr Georgi.

Dann ein Beispiel noch. Das sage ich jetzt als Nutzer der Bahn im Saarland. Ich sehe mir die Standards des so genannten rollenden Materials an. Wenn ich mit der Bahn von Saarlouis nach Saarbrücken fahre, was ich des Öfteren tue, dann habe ich sofort Probleme mit dem Rücken.

(Abg. Jungmann (CDU): Welche Bahn benutzt du denn außer der Autobahn? - Abg. Hans (CDU): Die Geisterbahn. - Abg. Hartmann (FDP): Er hat sich jedes Mal vom Fahrdienst in den Reichstag fahren lassen. Jedes Mal, wenn ich gelaufen bin.)

Aber das geht mir nicht alleine so. Der Grund ist einfach der, dass man bei diesen Zügen im Saarland die billigste Variante eingekauft hat. Das trifft vor allen Dingen Menschen, die Probleme mit dem Rücken haben, das betrifft viele ältere Menschen. Das heißt, Komfort bei der saarländischen Bahn wird ganz klein geschrieben. Das würde ja Geld kosten.

(Beifall bei B 90/Grüne.)

Das Geld wird dann lieber in Straßenbauprojekte investiert, wobei ich nicht jedes Straßenbauprojekt, das Sie unterstützen, Herr Georgi, ablehne. Es sind auch sinnvolle und notwendige Projekte dabei. Ich nenne etwa den Anschluss nach Frankreich, die B 269 Neu. Aber Sie setzen einen klaren Schwerpunkt beim Straßenbau, und der ÖPNV leidet massiv darunter.

Dann habe ich von Ihnen immer noch nichts gehört in Sachen Anbindung neuer Industrie- und Gewerbegebiete an die Bahn. Da ist völlige Fehlanzeige, darüber verlieren Sie kein Wort. Herr Georgi, handeln Sie doch endlich wie ein Unternehmer, handeln Sie doch endlich so, wie Sie sich selbst gerne sehen möchten. Machen Sie doch endlich mal brauchbare Vorschläge zur Umstrukturierung des Saarlandes. Daran müssen Sie sich messen lassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei B 90/Grüne und vereinzelt bei der SPD.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Alexander Funk.

Abg. Funk (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ulrich, ich habe mir einige Notizen zu Ihrer Rede gemacht und würde folgendes Fazit ziehen: Ihre Rede war doch ein bisschen wenig. Wer Marienerscheinungen verlegen will, darf nicht damit rechnen, dass man sich im Plenum ernsthaft mit ihm auseinander setzt.

Im November gab es im Saarland 49.600 registrierte Arbeitslose, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 9,9 Prozent. Damit liegen wir im Ländervergleich auf einem sehr guten fünften Platz. Seit die CDU in diesem Land regiert, haben wir die rote Laterne abgegeben. Das ist ein Erfolg, auf den wir stolz sein können.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn man diese rund 50.000 Arbeitslosen in Arbeit und Beschäftigung bringen möchte, muss man sich diese Personengruppe näher ansehen. Da ist es schon erschreckend, dass etwa 40 Prozent über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. In Zeiten eines immer härter werdenden Wettbewerbs, wo es immer schwieriger wird, eine Stelle zu finden, wird es auch für diese Menschen schwer, im unteren Lohnsegment eine Beschäftigung zu finden.

Völlig verfehlt wären hier Gesetze, die einen Mindestlohn vorschreiben. Erfolg versprechender ist hier eher die Idee der Kombilöhne. Das hätte für alle Seiten mehr Vorteile. Der Arbeitslose ohne Qualifikation hätte einen geregelten Arbeitstag und mit Hilfe des Staates am Ende des Monats mehr Geld in der Tasche als die Hartz-4-Bezieher. Die Unternehmen könnten Arbeit anbieten, die sie unter anderen Bedingungen nicht anbieten würden. Zudem würde der Staat dabei Geld sparen.

Vor allem ist wichtig, wie wir neue Arbeitsplätze schaffen, damit zu den vorhandenen Arbeitslosen nicht noch zusätzliche Arbeitslose hinzukommen, die über keine Berufsausbildung verfügen. Von daher ist es richtig, dass die saarländische Landesregierung einen Schwerpunkt ihrer Arbeitsmarktpolitik auf die Förderung Jugendlicher unter 25 Jahren legt. Erste Erfolge sind dabei erkennbar. Während im Jahr 1999 die Zahl der unter 25-jährigen Arbeitslosen im Saarland 3,3 Prozent über dem westdeutschen Durchschnitt lag, liegen wir heute 0,1 Prozent unter dem Durchschnitt.

Mit dieser statistischen Auswertung ist den 5.261 Jugendlichen, die heute eine Arbeit suchen, nicht geholfen. Aber wäre einer SPD-Landesregierung ein solcher Erfolg geglückt, Herr Roth, Sie würden vermutlich die Arme nicht mehr runter und den Mund nicht mehr zu bekommen.

(Beifall bei der CDU.)

Neben dem Landesprogramm "Ausbildung jetzt" sind zwei weitere Schwerpunkte zu nennen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben, zum Beispiel die Förderung des Dualisierten Berufsgrundschuljahres. Hier werden Jugendliche in einer Kombination aus Schulform und Praktikum auf den Arbeitsmarkt vorbereitet. Die Bilanz dieser Maßnahme kann sich sehen lassen. Fast die Hälfte aller Schüler erhält im darauf folgenden Jahr einen Ausbildungsplatz. Daher ist es richtig und wichtig, dass für diese Maßnahme auch im kommenden Jahr 400.000 Euro mit Hilfe der EU zur Verfügung stehen. Zum Zweiten nenne ich die Förderung von Kursen zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses. Ein Schulabschluss ist die wichtigste Voraussetzung für Jugendliche, überhaupt eine Lehrstelle zu finden. Seit dem Jahr 2000 hat die Landesregierung daher die Mittel für dieses Programm erhöht, und aktuell werden 167 Jugendliche gefördert. Im nächsten Jahr stehen allein für dieses Programm 1.129.400 Euro zur Verfügung.

Trotz aller Bemühungen gibt es aber auch Jugendliche, die überhaupt kein Interesse an einer Ausbildung oder Beschäftigung haben. Allein im Landkreis Saarlouis gibt die Bundesagentur die Zahl derjenigen, die keine Hilfen zur Aufnahme von Ausbildung oder Arbeit annehmen, mit rund 1.000 an. Was können wir mit diesen Totalverweigerern tun? Hier ist nicht nur die Politik gefragt, nach Antworten zu suchen, sondern insbesondere die Eltern sind in der Pflicht, aktiv zu werden.

Eine andere große Herausforderung an die Arbeitsmarktpolitik ist die Situation der älteren Arbeitnehmer. Die Situation der Arbeitnehmer zwischen 55 und 64 Jahren ist gekennzeichnet von einem unterdurchschnittlichen Beschäftigungsniveau, hoher und verfestigter Arbeitslosigkeit sowie geringer Reintegrationschancen. Da sich ein großer Teil der älteren Arbeitnehmer im Übergang zum Ruhestand befindet, ohne arbeitslos zu sein, ist die Arbeitslosenquote hier ein wenig aussagefähiges Instrument. Aufschlussreicher ist die Erwerbstätigenquote, die sich in Deutschland im internationalen Vergleich seit Jahren auf einem niedrigen Niveau befindet. Während in Schweden und Dänemark 68 beziehungsweise 62 Prozent der älteren Bevölkerung erwerbstätig sind, leisten wir uns in Deutschland den Luxus, 58 Prozent der älteren Bevölkerung nach Hause zu schicken. Die Erwerbstätigenquote dieser Gruppe liegt in Deutschland seit Jahren um die 40 Prozent.

(Abg. Funk)

Die Bevölkerungsentwicklung wird jedoch dazu führen, dass spätestens ab 2010 den Betrieben vor allem qualifiziertes Personal ausgehen wird. Die Politik ist daher gefordert, die Anreize für ein frühes Ausscheiden aus den Betrieben weiter zu reduzieren. Parallel dazu müssen verstärkt gezielte Vermittlungsaktivitäten für Ältere entwickelt werden.

Die Unternehmer und Vorstände von Unternehmen sind aber auch aufgerufen, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Studien belegen, dass ältere Arbeitnehmer, die sich regelmäßig weiterbilden können, auch noch über das 65. Lebensjahr hinaus arbeiten wollen. Sie haben weniger Stress, können mit neuen Herausforderungen und Aufgaben besser umgehen und denken gar nicht daran, Möglichkeiten der Frühverrentung in Anspruch zu nehmen. Die Weiterbildung darf aber nicht erst mit 50 Jahren beginnen, dann ist es meistens schon zu spät. Die Verantwortlichen in den Betrieben sollten sich endlich der demografischen Herausforderung stellen. Leider ist aber zu befürchten, dass im Jahr 2010 die Wirtschaft besorgt feststellt, dass qualifiziertes Personal fehlt, und nach ausländischen Arbeitskräften ruft. Ich erinnere nur an die "Computer-Inder".

Ich komme zum Fazit meiner Ausführungen. Das Saarland ist auf einem sehr guten Weg bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Zu Recht hat die Landesregierung hier seit Jahren einen Schwerpunkt auf ihre Arbeit gelegt. Die Arbeitsmarktintegration älterer Erwerbspersonen ist in Deutschland und im Saarland nach wie vor unbefriedigend. Dies liegt zum einen an den nach wie vor großen Möglichkeiten des frühzeitigen Ausscheidens aus dem Arbeitsmarkt. Hier ist die große Koalition gefordert, Abhilfe zu schaffen. Auf der anderen Seite müssen auch im Saarland neue Instrumente der Arbeitsmarktpolitik gefunden werden, um mehr ältere Arbeitslose wieder in das Erwerbsleben zu bringen. Dies ist eine Aufgabe, die schwierig wird, der wir uns aber in den nächsten Jahren verstärkt widmen müssen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Christoph Hartmann.

Abg. Hartmann (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind uns in der Diagnose einig, dass Wirtschaftskraft gleich Steuerkraft ist. Insofern ist all das, was die Wirtschaft in diesem Land befördert, auch wichtig für die Haushaltssituation in diesem Land. Damit es keinen falschen Zungenschlag gibt, lassen Sie mich direkt zu Anfang sagen, dass es natürlich auch im letzten Jahr einige Erfolge von Seiten der Landesregierung gegeben hat, die wir durchaus anerkennen: der Eurobahnhof oder der einheitliche Tarif im ÖPNV. Es wurde jahrelang gekämpft, damit er kommt. Das erkennen wir ausdrücklich an.

Gleichzeitig gibt es aber einige Bereiche in der Wirtschaftspolitik, die auch nach unserer Meinung inkongruent sind. Der Wirtschaftsminister hat beispielsweise am 11.11. dieses Jahres wiederholt und nach unserer Meinung vollkommen zu Recht kritisiert, dass es nach wie vor die Gewerbesteuer in diesem Land gibt und dass sie abgeschafft werden müsste. Es müsste dort andere Formen und Möglichkeiten geben, die Kommunen finanziell vernünftig auszustatten. Gleichzeitig wurde aber eben das Gewerbesteuererleichterungsprogramm gestrichen, was zur Folge hatte, dass die Belastung mit der Gewerbesteuer im nationalen Vergleich wieder bei einem überdurchschnittlichen Wert angelangt ist.

Wenn man sich die Zahlen im Bereich der Wirtschaftspolitik anschaut, dann stellt man fest, dass hier weniger investiert wird, insbesondere im Bereich der allgemeinen Wirtschaftsförderung des Mittelstandes. Das hat der Kollege Stritter eben gesagt. Wenn man nur einen bestimmten Betrag hat, dann ist die Frage, wofür man das Geld ausgibt. Wenn man sich die Schwerpunkte in diesem Landes-

haushalt anschaut, dann ist es eben so, dass einige Bereiche ganz besonders gefördert werden und dass bei anderen gestrichen wird. Für die allgemeine Kreditzuteilung bei der SIKB ist 2,5 Millionen weniger Geld da, aber bei den Innovationsclustern - egal ob wir über zentrale Innovationsprojekte oder über Zuschüsse für die Einstellung von Innovationsassistenten oder für das Clustermanagement im Bereich des Automobilnetzwerkes Saar reden - ist Geld da. Aber es ist eben kein Geld da für den normalen Mittelständler. Insofern hat man das Gefühl, wenn man sich diesen Haushalt anschaut, dass es Unternehmen erster Klasse und Unternehmen zweiter Klasse gibt. Das lehnen wir ab, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP.)

Nur um das klar zu sagen. - Natürlich ist es so, dass es Bereiche gibt, in denen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Ministerpräsident hat gestern gesagt, es wären einige Tausend bei IDS Scheer in den letzten Jahren. IDS Scheer hat insgesamt 2.400 Mitarbeiter. Das ist die alte Geschichte mit der Mengenlehre: Wenn einer im Raum ist und zwei gehen raus, dann muss einer wieder reinkommen, damit keiner mehr drin ist. Man muss in dem Zusammenhang natürlich sagen, dass IDS Scheer weiter wächst. Natürlich freuen wir uns darüber!

(Sprechen.)

Aber das ist doch nicht eine Frage, die durch das Innovationscluster geschaffen worden ist. IDS Scheer wächst vielmehr deswegen, weil die Firma hervorragende Produkte und hervorragende Mitarbeiter hat. Dazu bedarf es beim besten Willen keines Innovationsclusters. Deswegen sagen wir Ihnen ganz klar: Geben Sie das Geld an den normalen Mittelständler! Geben Sie das Geld breit aus und sorgen Sie nicht dafür, dass in diesem Zusammenhang der Eindruck der Unternehmen der ersten Klasse und der zweiten Klasse entsteht.

(Beifall bei der FDP.)

Gleichzeitig müssen wir auf die Inkongruenz im Bereich Bergbau hinweisen. Es ist nun so, dass das, was dort von Seiten der Landesregierung stattfindet, nun wirklich nichts anderes als ein Zickzack-Kurs ist. Auf der einen Seite wird erklärt, dass man in Grangeleisen eigentlich etwas tun sollte, aber von Seiten der Landesregierung könnte man da beim besten Willen dem autonom handelnden Bergamt keine Vorschriften machen. Das haben wir hier von dieser Stelle von verschiedenen Rednern der CDU gehört - von Klaus Meiser und vom Wirtschaftsminister. Das wurde uns im Mai dieses Jahres gesagt. Ein paar Monate später hat man genau dieses Wort gefressen. Genau dann hat man das getan, was immer abgelehnt worden ist, nämlich, dass man dem Bergamt eine entsprechende Vorgabe gemacht hatte und das Bergamt hat danach eingegriffen, damit in Grangeleisen nicht weiter abgebaut wird. Was ist denn nun richtig? Entweder das eine oder das andere.

Es wurde von Ihrer Seite gesagt, in Grangeleisen muss man eingreifen, weil dort die Erderschütterungen häufiger und schwerer sind als im Bereich Schwalbach. Dieses stimmt einfach nicht, wenn man sich die Zahlen wirklich anschaut. Es stimmt, dass in Grangeleisen weniger Kohle abgebaut wird und weniger Arbeitsplätze davon betroffen sind. Wir behaupten, dass Sie deswegen gesagt haben, wir wollen in Grangeleisen gewissermaßen ein Signal setzen, aber Schwalbach müssen wir aussparen, weil das die Existenz des Bergwerks gefährden würde. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann sagen Sie doch auch in dem Zusammenhang Ihre echten Motive, damit sich die Menschen nicht verschaukelt fühlen. Das haben wir am letzten Wochenende gesehen, als - nach unterschiedlichen Schätzungen - zwischen 3.500 und 5.000 Menschen auf der Straße waren, weil diese sagen, so kann diese Landesregierung in der Kohlepolitik mit uns nicht weiter umgehen.

(Beifall bei der FDP.)

(Präsident Ley)

fest, dass Kapitel 05 01 mit Stimmenmehrheit bei Gegenstimmen der Oppositionsfraktionen angenommen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 05 im Übrigen. Wer für die Annahme des Einzelplans 05 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Einzelplan 05 mit Stimmenmehrheit bei Gegenstimmen der Oppositionsfraktionen angenommen ist.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Kapitel der Übersicht 4 / 6, soweit über sie noch nicht abgestimmt ist. Wer für die Annahme unter Berücksichtigung der angenommenen Abänderungsanträge ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Einzelplan 05 sowie die Kapitel der Übersicht 4 unter Berücksichtigung der angenommenen Abänderungsanträge mit Stimmenmehrheit bei Gegenstimmen der Oppositionsfraktionen angenommen sind.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 18 - Verfassungsgerichtshof. Wer für die Annahme des Einzelplans 18 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Einzelplan 18 einstimmig mit Zustimmung aller Fraktionen angenommen ist.

Wir treten nun in die Mittagspause ein. Ich unterbreche unsere Sitzung bis um 14.15 Uhr und wünsche allen einen guten Appetit.

(Die Sitzung wird von 13.17 Uhr bis 14.16 Uhr unterbrochen.)

Vizepräsidentin Lawall:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren mit unserer unterbrochenen Sitzung fort und kommen zu Übersicht 5: Einzelplan 06 - Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft -, Einzelplan 17, Kapitel 17 06 und Einzelplan 20, Kapitel 20 06, 20 11, 20 21, 20 23 und 20 27.

Ich erteile das Wort zur Berichterstattung über die in der Übersicht 5 aufgeführten Einzelpläne Herrn Abgeordneten Alexander Funk.

Abg. Funk (CDU), Berichterstatter:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ausschuss hat sich in zwei Sitzungen mit dem Einzelplan befasst. Die Gesamteinnahmen betragen 15.469.000 Euro; die Gesamtausgaben sinken leicht um 261.600 Euro auf nunmehr 785,875 Millionen Euro.

In Kapitel 06 01 (Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft) betragen die Ausgaben 13,566 Millionen Euro. Dies entspricht einer Steigerung von 840.100 Euro.

In Kapitel 06 02, den allgemeinen Bewilligungen, sind Ausgaben von 99.466.700 Euro vorgesehen. Das bedeutet einen Zuwachs von 2.082.000 Euro. Die Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich hier auf 4.900.000 Euro.

Im Kapitel 06 04 (Grundschulen) sind 60 Planstellen weniger vorgesehen. Die Ausgaben belaufen sich hier auf 89.191.400 Euro.

Im Kapitel 06 05, den Schulen für Behinderte, belaufen sich die Einnahmen auf 1.543.000 Euro. Das entspricht einem Minus von 30.000 Euro. Dem stehen Ausgaben von insgesamt 41.666.600 Euro gegenüber.

Kapitel 06 08 (Gymnasien) sieht ein Plus von 14 Planstellen vor. Die Ausgaben belaufen sich hier auf 86.092.800 Euro.

Kapitel 06 09 (Landesinstitut für Pädagogik und Medien) verzeichnet Ausgaben von 1.653.000 Euro.

Die Gesamtausgaben im Kapitel 06 10 (Gesamtschulen) belaufen sich auf 33.766.500 Euro. Es ist ein Plus von 14 Planstellen vorgesehen.

Bei Kapitel 06 11 (Berufsschulen) sieht der Stellenplan 2 Planstellen weniger vor. Die Ausgaben belaufen sich hier auf 74.310.700 Euro.

In Kapitel 06 13 (Fachschulen) belaufen sich die Ausgaben auf 426.900 Euro.

Kapitel 06 15, die staatlichen Studienseminare, sieht Ausgaben von 8.979.000 Euro vor. Das entspricht einem Zuwachs von 48.800 Euro.

Bei Kapitel 06 16 (erweiterte Realschulen) sind 27 Planstellen weniger vorgesehen. Die Gesamtausgaben belaufen sich hier auf 80.694.300 Euro. Das entspricht einem Minus von 1.502.700 Euro.

Kapitel 06 18 (Hochschule für Technik und Wirtschaft) sieht Ausgaben von 14.603.200 Euro vor. Im Vergleich zum Vorjahr handelt es sich um ein Plus von 629.500 Euro.

In Kapitel 06 19 (Hochschule für Musik) belaufen sich die Ausgaben auf 3.605.900 Euro.

Kapitel 06 20 (Hochschule der bildenden Künste) sieht Ausgaben von 2.598.200 Euro vor.

Kapitel 06 21 beschäftigt sich mit der Universität. Hier ist eine Beamtenstelle weniger beabsichtigt. Außerdem sind 13 Angestelltenstellen weniger vorgesehen. Der Plan sieht hier Zuführungen des Landes für laufende Zwecke in Höhe von 137.800.000 Euro, Zuführungen des Landes zu Personalkostensteigerungen in Höhe von 500.000 Euro und Zuführungen des Landes für Forschung und Lehre im Bereich der medizinischen Fakultät in Höhe von 11.930.000 Euro vor. Die Ausgaben belaufen sich hier insgesamt auf 157.820.300 Euro. Das bedeutet ein Minus von 200.000 Euro.

Kapitel 06 23, die Kunst- und Kulturpflege, verzeichnet Ausgaben von 29.125.400 Euro. Dies entspricht einem Mehr von 2.558.300 Euro. Zudem bestehen Verpflichtungsermächtigungen von 3.505.000 Euro.

Im Kapitel 06 25 (Weiterbildung und Qualifizierung), belaufen sich die Ausgaben auf 3.230.400 Euro.

Kapitel 06 26 (Büchereiamt) ist aufgelöst.

Im Kapitel 06 27, der deutsch-französischen Zusammenarbeit, sind Ausgaben von 482.300 Euro vorgesehen.

Kapitel 06 29 (Kindergärten, Kinderkrippen und Kinderhorte) verzeichnet Ausgaben von 43.459.200 Euro. Hier bestehen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von einer Million Euro.

Kapitel 06 34, das sich mit Kultus beschäftigt, verzeichnet Ausgaben von 1.136.200 Euro.

Im Einzelplan 17 werden in Kapitel 17 06 Ausgaben in Höhe von 3.403.000 Euro verzeichnet, was einem Plus von 310.800 Euro entspricht.

Im Einzelplan 20 sind in Kapitel 20 06 (Staatliche Hochbaumaßnahmen im Bereich des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft) Ausgaben von 1.280.600 Euro vorgesehen. Das entspricht einem Minus von 821.100 Euro. Hier sind Verpflichtungsermächtigungen von 240.000 Euro vorgesehen.

Kapitel 20 11 (Hochbaumaßnahmen im Bereich der außeruniversitären Hochschulen) sieht Ausgaben in Höhe von 1.059.400 Euro vor. Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 327.300 Euro.

(Abg. Funk)

Kapitel 20 21, die Hochbaumaßnahmen im Bereich der Universität, sieht Einnahmen von 11.932.900 Euro vor. Das entspricht einem Minus von 3.138.500 Euro. Die Ausgaben belaufen sich auf 28.499.300 Euro. Das entspricht einem Minus von 8.636.100 Euro. Verpflichtungsermächtigungen sind in der Summe von 15.250.000 Euro vorgesehen.

In Kapitel 20 23, Hochbaumaßnahmen im Bereich des Universitätsklinikums des Saarlandes Homburg, belaufen sich die Ausgaben auf 20.453.300 Euro. Das entspricht einem Plus von 786.400 Euro. Die Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich hier auf 6.500.000 Euro.

Bei Kapitel 20 27, Investitionshilfen zum Bau nicht staatlicher Schulen, belaufen sich die Ausgaben auf 12.259.100 Euro. Verpflichtungsermächtigungen von 2 Millionen Euro sind hier vorgesehen.

Im Ausschuss wurden Abänderungsanträge gestellt, die Ihnen in Übersicht 5 vorliegen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen die Annahme des Einzelplans 06 unter Einbeziehung der Abänderungsanträge, die im Ausschuss die Mehrheit fanden. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Lawall:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Reiner Braun.

Abg. Braun (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bin ich meinem Amte in der Tat nicht gewachsen, so ist der Chef zu tadeln, der es mir anvertraut. Der Chef ist nicht da, aber ich nehme an, Schreier weiß, von wem dieses Zitat stammt. Es stammt von seinem Lieblingsdichter des Jahres 2005. Es stammt von Friedrich Schiller. Schreier und Schiller - sicher keine betörende Alliteration, aber sie drängt sich gewissermaßen auf.

(Lachen und Zurufe von der CDU: Oh! - Sprechen.)

In die Defensive geraten nach einer völlig verkorksten Grundschulreform, mussten neue Initiativen her, um endlich im Saarland die Qualität der Schulen zu verbessern. Erste Initiative: auswendig lernen von Schiller-Gedichten im Schiller-Jahr. Und schon werden die Jugendlichen im Saarland zu Liebhabern der deutschen Klassik. Die zweite Initiative: Klassik statt Gong aus krächzenden Schullautsprechern und schon setzt ein Run Jugendlicher

(Abg. Hans (CDU): Alles prima, oder)

auf die Konzerte des Rundfunksinfonieorchesters ein.

(Abg. Hans (CDU): Sehr gut.)

Und dann etwas fundamental Neues: Lehrer sollen in hochdeutscher Sprache im Saarland unterrichten. In welcher Sprache sonst?

(Beifall bei der SPD.)

Vierte und letzter Qualitätsoffensive

(Abg. Hans (CDU): Nein, nein, das hat er so nicht gesagt)

seit dem Kahlschlag im Grundschulbereich: das Absingen der Nationalhymne durch Grundschüler. Darüber könnte man noch lächeln, wäre da nicht das Vorbild Schreiers, nämlich der sächsische Kollege Rösler.

(Abg. Hans (CDU): Die Braunsche Röhre.)

Der hat nämlich den Patriotismus nach Noten mit einem Papier unterfüttert, das reichlich aufgeblasen wirkt. Von Schicksalsgemeinschaft der Nation, von Momenten kollektiver Erhebung und von positiven nationalen Wallungen ist da die Rede.

(Abg. Hans (CDU): Hat der Jürgen Schreier das auch geschrieben?)

Selbst wenn man zu positiven nationalen Wallungen neigen sollte, werden die spätestens beim Anblick singender Fußballnationalspieler auf ein Mindestmaß gestutzt. Und wenn man dann noch erfährt, dass Chefpatriot Rösler beim Aufsagen der Hymne gepatzt hat wie Popsternen Sarah Connor, die vor einem Länderspiel mit "Brüh im Lichte dieses Glückes" textlich ziemlich danebenlag, dann reduzieren sich positive Wallungen auf null.

(Beifall bei der SPD. - Zurufe der Abgeordneten Jungmann (CDU) und Hans (CDU).)

Der sächsische Kollege hat ja insofern noch eine Entschuldigung, als er in seiner Grundschulzeit eine andere Hymne gelernt hat. Aber ich will Folgendes sagen: Patriotismus und Heimatgefühl lassen sich nicht herbeiverordnen. Die Liebe zu Schiller entsteht nicht, wenn man im Schillerjahr seine Gedichte auswendig lernen muss.

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Im Übrigen: Die Befassung mit dem Lied der Deutschen ist saarländischen Lehrplänen nicht fremd, und die Intention Hoffmanns von Fallersleben, als er 1841 das Lied der Deutschen schrieb, könnte auch heute noch zu einem Erkenntnisgewinn führen. Insbesondere die erste Strophe - mittlerweile zu Recht verboten, weil missbraucht - war nicht Ausdruck großdeutschen Wahns, sondern Protest gegen die damalige Kleinstaaterei. Die viel gepriesene und notwendige Föderalismusreform hat einen schweren Webfehler, denn wird sie Wirklichkeit, wird die Schul- und Hochschullandschaft der Bundesrepublik Deutschland, die schon heute unter kleinstaatlicher Karierteit zu leiden hat, einem Flickenteppich gleichen.

(Zuruf des Abgeordneten Jungmann (CDU).)

Den Hochschulen wird weiterer Mangel drohen, vor allem in den armen Ländern. Wie angesichts unserer chronisch klammen Landeskasse ohne Unterstützung des Bundes eine konkurrenzfähige Universität des Saarlandes aufgebaut werden soll, bleibt rätselhaft.

Vollends wettbewerbsunfähig wird das Saarland auch dadurch werden, dass bei der Beamtenbesoldung der weiteren Willkür nach Kassenlage Tür und Tor geöffnet wird. Wie sollen wir als armes Land einen ruinösen Besoldungswettbewerb um die besten Pädagogen gewinnen? Übrigens: Genau um einen solchen Wettbewerb zu vermeiden, wurde in den Siebzigerjahren das Besoldungsrecht bundesweit vereinheitlicht. Alle, die von Bildung etwas verstehen, teilen unsere Kritik am bildungspolitischen Teil der Föderalismusreform. Von den großen Lehrerverbänden bis hin zur Hochschulrektorenkonferenz ist man sich einig: Die ohnehin begrenzten bildungspolitischen Kompetenzen des Bundes dürfen nicht weiter ausgedünnt werden. Eine Bund-Länder-Kooperation muss gerade bei der nationalen Aufgabe "Bildung" möglich bleiben.

(Beifall bei der SPD und bei B 90/Grüne.)

Meine Damen und Herren, ein weiteres Mal ist das zentrale Ergebnis der PISA-Studie, dass in Deutschland die soziale Herkunft immer mehr über den Schulerfolg entscheidet. Gerade erst hat uns PISA ins Stammbuch geschrieben, dass Lehrkräfte mehr Zeit brauchen, um alle Kinder individuell fördern zu können. Und was macht die Landesregierung? Sie erhöht die Arbeitszeit für Lehrkräfte, sie